

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 0.60 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandbindungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.50 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 43

Sonnabend, den 25. Oktober 1924

28. Jahrgang

Die Arbeiterbanken.

Von Bern Meyer.

In letzter Zeit spielen in der Öffentlichkeit nicht nur Deutschlands, sondern besonders des Auslandes die Arbeiterbanken eine große Rolle. Um sich über die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterbanken klar zu werden, ist es notwendig, wenigstens in großen Umrissen das Wesen der Banken überhaupt kurz zu beleuchten.

In der kapitalistischen Wirtschaft haben die Banken eine doppelte Funktion. Einmal haben sie die Aufgabe, Gelder, die vorübergehend frei sind und im Produktionsprozeß nicht gebraucht werden, zu sammeln und sie an die Stellen zu leiten, in denen Bedarf nach Geldern zur Umwandlung in Kapital besteht. Zum anderen haben sie die Aufgabe, solche Gelder, die nicht aus kapitalistischen Unternehmungen stammen, also Spargelder, in Kapital umzuwandeln, d. h. dem Produktionsprozeß als dauernde Anlage zuzuführen.

Diese doppelte Funktion, die die Banken zu erfüllen haben, hat in Deutschland zwei Typen von Banken herausgebildet: Die Banken im eigentlichen Sinne des Wortes und die Kreditinstitute, die den Sparverkehr organisieren (Sparbanken, Hypothekendarlehenbanken, Versicherungsgesellschaften, Genossenschaftsbanken usw.). Der Charakter der Gelder, die diesen Kreditinstituten zufließen, ist auch in sich verschieden. Die Gelder, die die eigentlichen Banken verwalten, entstammen vornehmlich dem kapitalistischen Produktionsprozeß, in dem sie zeitweilig nicht gebraucht werden. Sie müssen nach einer gewissen Frist immer wieder in die Produktion zurückfließen.

Diese Gelder sind deswegen von den Banken zum überwiegenden Teile ständig liquide zu halten, und so besteht, insbesondere für die Großbanken, die zwingende Notwendigkeit, eine Liquidität ihrer Depositionen von etwa 70 Prozent aufrechtzuerhalten. In normalen Zeiten geschieht das dadurch, daß die Banken diese Gelder für Geschäfte verwenden, die in sich den Charakter einer liquiden Anlage tragen, d. h. Wechselbills, Lombardierungen und ähnliche Kredite. Der andere Teil der Depositionen und das eigene Vermögen der Bank können in Form von Beteiligungen und langfristigen Krediten verwandt werden. Dieses Verhältnis zwischen liquide zu haltenden und weniger liquide zu haltenden Anlagen ist nur erfahrungsgemäß festzustellen.

Infolge der Ausdehnung und Entwicklung des Aktienwesens haben die Banken die Möglichkeit, die an sich langfristig angelegten Depositionen wenigstens teilweise wieder flüssig zu machen durch Aktienemissionen und Verkauf von Aktien an ihre Kundschaft bzw. an der Börse.

Die andern Kreditinstitute dagegen, wie Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Genossenschafts- und Hypothekendarlehenbanken, sammeln vor allem die Teile von Einkommen, die für einen späteren Konsum bestimmt sind (Spargelder), sowie Rentnervermögen, die fest angelegt eine dauernde Rente abwerfen sollen. Diese Gelder sind natürlich langfristig anlegbar durch Uebernahme von Kommunal- und Staatsanleihen, durch langfristige Hypotheken, durch Uebernahme von Industrieobligationen usw.

Sie dienen hauptsächlich dazu, durch Neuanlagen und Investitionen die dauernde Erneuerung und Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaft zu ermöglichen. Die hohe Bedeutung, die besonders den Spargeldern für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft zukommt, zeigt sich gerade jetzt nach der Zerstörung dieser Gelder durch die Inflation in Deutschland, deren Fehlen den Neuaufbau und die Expansion der Wirtschaft zu ungeheurer Erschwernis.

In einem Lande mit höchstentwickeltem Kreditwesen sind derartige langfristige Anlagen beweglich zu machen durch börsenfähige Obligationen, Pfandbriefe und Anleihen. — Aber auch die zweite Kategorie der Kreditinstitute, wie Sparkassen, Hypothekendarlehenbanken usw., muß ein bestimmtes Maß von Liquidität wahren, das wieder nur erfahrungsgemäß feststellbar ist. In Krisenzeiten muß selbstverständlich die Liquidität eine viel größere sein als in Zeiten einer aufsteigenden Konjunktur. Eine normal funktionierende Zentralnotenbank hat es immer in der Hand, durch ihre Finanzpolitik die Geldinstitute zu einer vorsichtigen Geschäftsgebarung zu veranlassen.

Die aufsteigende Konjunktur der Zeit vor dem Kriege hatte die Macht der Banken ungeheuerlich gesteigert. Dieser Machtzuwachs ging Hand in Hand mit dem Anwachsen der Industrie. Die Banken wiederum waren, um diese industrielle Macht, die mit ihrer Hilfe geschaffen war, meistern und lenken zu können, selber gezwungen, ihre Macht durch Konzentration zu steigern.

Die Konzentrationsbewegung des Kapitals hatte natürlich auch ihre Auswirkung auf die Arbeiterschaft, die sich gezwungen sah, der konzentrierten Macht der Arbeitgeber eine ebenso starke und konzentrierte Macht der Arbeitnehmer gegenüberzustellen, um ihre Interessen wirksam zu vertreten. Das zeigte sich in dem Erstarken und Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Finanzkraft. Vornehmlich die Erkenntnis der arwachsenden Macht des Kapitals, zu dem notgedrungen die Finanzen der Gewerkschaften als Einlagen bei den Großbanken beitragen und mithelfen, war es, die den Gedanken der Gründung einer eigenen Gewerkschaftsbank im Jahre 1912 Diskussionsthema machte.

Es waren besonders Erwägungen technischer Natur, die 1912 diesen Plan nicht zur Verwirklichung kommen ließen: Die besondere Schwierigkeit, die Liquidität aufrechtzuerhalten infolge des einseitigen Charakters der zur Verfügung stehenden Gelder, und die Schwierigkeit, diese Gelder anlegen zu können, die Furcht vor dem Boykott durch die Finanzmächte und viele andre aus der damaligen Machtlage herrührenden Erwägungen.

Nach dem Kriege dagegen haben in den Vereinigten Staaten von Amerika die Gewerkschaften aus denselben Erkenntnissen heraus, die schon im Jahre 1912 in Deutschland die Gründung einer Gewerkschaftsbank zur Diskussion brachten, eigene Gewerkschaftsbanken gegründet. — Die amerikanischen Arbeiterbanken haben im Laufe der letzten Jahre einen ungeheuren Aufschwung erlebt. Die einzelnen Gewerkschaften sind selbst Träger ihrer Banken und dehnen durch ein ausgebreitetes Filialnetz und Eröffnung immer weiterer Zweigstellen ihren Wirkungskreis ständig aus. Sie verwalten nicht nur die Gewerkschaftsvermögen, son-

dern auch Spareinlagen und geben diese Gelder nur an solche Unternehmungen, mit deren Geschäftsführung und Verhalten den Arbeitern gegenüber die Gewerkschaften einverstanden sind. Sie glauben, auf diese Weise der sozialen Reaktion, die insbesondere von den Trusts und Großunternehmungen ausgeht, wirksam entgegenzutreten zu können. Es ist auch angefangen, der ungeheuren Ausdehnung und rapiden Entwicklung, die die Arbeiterbanken in Amerika während der letzten Jahre genommen haben, nicht zu leugnen, daß ein nennenswerter Teil des in Amerika ständig wachsenden neuen Kapitals durch die Arbeiterbanken der direkten Verfügungsgewalt des Industrie- und Finanzkapitals entzogen wird.

Es ist heute noch nicht zu beurteilen und muß noch abgewartet werden, inwieweit angesichts der Dezentralisation der amerikanischen Arbeiterbanken und der besonderen ideologischen Einstellung der dortigen Arbeitnehmerschaft eine wirksame, aufbauende, gemeinwirtschaftliche Tätigkeit als Folge der Konzentration der finanziellen Macht in den Arbeiterbanken herbeigeführt wird, die ihrem ganzen Wesen nach von andern sozialen und gesellschaftlichen Impulsen bewegt werden als die übrigen Banken.

In Deutschland dagegen war das vollkommene Versagen der Banken in der Verwaltung der ihnen anvertrauten Gelder während der Inflationsperiode ein Hauptstoß, den Gedanken der Gründung einer eigenen Gewerkschaftsbank wieder aufleben zu lassen. Dazu kam noch nach dem Kriegsende das gewaltige Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen und ihre gestärkte politische und wirtschaftliche Stellung im Staate. Andererseits konnte man gerade während der unsicheren Wirtschafts- und Währungsverhältnisse, die die Inflationsperiode charakterisieren, sich nur schwer zur Gründung einer Bank entschließen, und erst als die Inflation im Abklingen war und die Stabilisierung der Währung in Deutschland übersichtlichere Verhältnisse schuf, ging man zur Gründung einer Gewerkschaftsbank über.

Ein Teil der Schwierigkeiten, die 1912 von der Gründung einer eigenen Gewerkschaftsbank abhielten, ist durch die Entwicklung behoben. Trotzdem ist bei einer reinen Gewerkschaftsbank, die sich hauptsächlich auf die Gelder der Gewerkschaften stützen muß, der einseitige Charakter der Gelder als Schwierigkeit für die Bank geblieben. Der Grad der Liquidität, den die Gewerkschaftsbank aufrechterhalten muß, ist ein viel höherer als bei den andern Banken.

Die Gewerkschaftsgelder sind wirtschaftliche Kampfsgelder und deshalb vorwiegend als kurzfristig zu betrachten. Sie müssen also stets verfügbar sein und können nur in solchen Geschäften, angelegt werden, die jederzeit liquidierbar sind. So müssen vor allem Streiks und Aussperrungen in Rechnung gestellt werden, die sich erfahrungsgemäß — wenigstens in den letzten Jahren — selten auf eine Branche beschränken. Auch Wirtschaftskrisen und die sich daraus ergebende Arbeitslosigkeit stellen an die Gewerkschaften große finanzielle Ansprüche. Die Beitragsleistungen sind in solchen Zeiten allgemein geringer. Eine Wirtschaftskrise trifft zuerst und am härtesten die Arbeitnehmerschaft, wenn auch immer beträchtliche Teile und wesentliche Berufsgruppen in Arbeit bleiben werden. Vorausgesetzt, daß alle gewerkschaftlichen Organisationen ihre Gelder bei der Gewerkschaftsbank haben, wird also auch bei härtester Wirtschaftskrise immer noch ein Teil der Gewerkschaftsgelder der eigenen Bank zur Verfügung stehen. Es wird sich überhaupt als besonderes Charakteristikum der Arbeiterbanken folgender Zustand herausbilden: Bei fortschreitender Wirtschaftskrise werden die übrigen Banken flüssig sein, während die Mittel der Gewerkschaftsbank angespannt sind. Umgekehrt dagegen werden in Zeiten einer wirtschaftlichen Konjunktur die Mittel der andern Banken angespannt sein, während die Gewerkschaftsbank gerade dann flüssig sein werden. Es wird daher für eine Gewerkschaftsbank immer außerordentlich wichtig sein, dieser Wechselwirkung ihre größte Beachtung zu schenken.

Man kann also, auch wenn sich eine Gewerkschaftsbank nur auf Gewerkschaftsgelder als Einlagen stützt, erfahrungsgemäß ein Verhältnis feststellen, über das hinaus selbst bei härtester Wirtschaftskrise die Bank immer noch Gelder zur Verfügung haben wird. Aber trotzdem ist natürlich die Aktionsfähigkeit einer reinen Gewerkschaftsbank gerade durch den einseitigen Charakter, den die Gewerkschaftsgelder tragen, wesentlich beengt.

Selbstverständlich wird bei wachsendem Gewerkschaftsvermögen auch die Gewerkschaftsbank einen immer höheren Prozentsatz ihrer Gelder zur freien Verfügung für länger Anlagen haben. Es wird sich ein bestimmter Erfahrungssatz herausbilden, nach dem sie ihre Gelder unter allen Umständen liquide erhalten oder für langfristige Geschäfte verwenden kann.

Um eine möglichst leistungsfähige Bank für die Arbeitnehmerschaft zu schaffen, besteht also die Aufgabe, eine möglichst große Vielgestaltigkeit der Einlagen zu erreichen.

Es müssen außer den gewerkschaftlichen Organisationen noch andre Geschäftsverbindungen geschaffen werden, die sowohl Einlagen bei der Bank herbeiführen, die nicht denselben Bewegungsgesetzen unterliegen wie die Gewerkschaftsgelder, und außerdem Anlagemöglichkeiten schaffen, die ebenso eine Risikoverteilung ermöglichen. Spargelder z. B. werden bei einer andauernden Wirtschaftskrise wohl auch zum Teil abgezogen, aber das Tempo ist viel langsamer als bei den Gewerkschaftsgeldern. Die Anlagen der Versicherungsgesellschaften und Sozialversicherungsanstalten werden erst zu allerletzt in Anspruch genommen. — Die mit der Bank der Arbeitnehmerschaft in Verbindung stehenden gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen dagegen werden gerade bei einer Wirtschaftskrise allmählich wieder flüssig werden durch Verkauf ihrer Bestände. So wird also durch die Vielgestaltigkeit und die Verschiedenartigkeit der zur Verfügung stehenden Gelder eine Risikoverteilung herbeigeführt, die eine derartige Arbeiterbank vor den großen Stößen einer Wirtschaftskrise zum Teil bewahren wird. Da eine Arbeiterbank im höheren Maße mit der Industrie in Verbindung steht, die dem direkten Konsum dient und nicht so sehr mit der Industrie, die lediglich Produktionsmittel herstellt, ist sie gerade mit dem Teil der Wirtschaft verbunden, der nicht so unmittelbar und heftig von Krisen erschüttert wird. Dadurch ist eine Arbeiterbank mit so vielseitigen Charakter Krisen gegenüber widerstandsfähiger als die andern Banken.

Es kommt nun für die Ausgestaltung der Gewerkschaftsbank das bedeutende Anwachsen der Arbeiter, Angestellten- und Rentnerorganisationen gegenüber der Vorkriegszeit und vor allem auch deren bedeutende politische und rechtliche Stellung im Staate und in der Wirtschaft zugute. Die Gewerkschaftsbank kann und

muß sich zu einer Bank der Arbeitnehmerschaft, also zu einer Arbeiterbank im weitesten Sinne des Wortes entwickeln.

Um die notwendigen langfristigen Gelder zu bekommen, wird die Bank versuchen, unter Benützung der bis in die kleinsten Betriebe hineinreichenden Gewerkschaftsorganisationen die Spargelder der Arbeitnehmerschaft zu erschaffen. Alle die Institute, in denen Vertreter der Arbeitnehmerschaft in den Selbstverwaltungskörpern Einfluß haben, wie Sozialversicherungsanstalten, Krankenkassen usw., müssen die Arbeiterbank zu ihrer Bank machen, mit dem Ziele, alle freiwillig erparten oder durch laufende Beitragszahlungen akkumulierten Gelder nicht mehr den rein privatwirtschaftlich orientierten Kreditinstituten zu überlassen, sondern in der eignen Bank zu konzentrieren. Die Arbeiterbank wiederum wird diese Gelder soweit wie möglich den eignen gemeinwirtschaftlich orientierten Betrieben zuführen und zum Ausbau und zur Befruchtung solcher Betriebe verwenden.

Eine Arbeiterbank hat mit genau denselben und keinen andern Problemen des Bankwesens fertig zu werden wie die andern Banken. Auch sie wird einen großen Teil ihrer Anlagen ständig liquide halten müssen durch Wechselbills, Lombardgeschäfte usw. Sie wird dazu selbstverständlich auch den großen privatwirtschaftlichen Geldmarkt benötigen, aber trotzdem durch die ausgebreitete und ihr nahestehende Konsumgenossenschaftsbewegung auch in dieser einen Teil von liquiden Anlagemöglichkeiten finden. Das enge Zusammenarbeiten mit den Genossenschaften wird die notwendige Ergänzung und Abrundung des Geschäftskreises der Arbeiterbank herbeiführen.

Schon lange vor dem Kriege haben sich die Konsumgenossenschaften sowohl in Deutschland als auch in andern Ländern eigene Banken geschaffen. Diese Banken stehen im engsten Zusammenhang mit den Zentralstellen der Genossenschaftsbewegung und haben die Aufgabe, die Finanzierung der Geschäfte und des Großeinbaus der Konsumgenossenschaften zu besorgen.

Zu diesem Zwecke nehmen örtliche Konsumvereine auch Spareinlagen ihrer Mitglieder entgegen, die über die eingezahlten Genossenschaftsanteile hinaus als Betriebsmittel Verwendung finden und, soweit das nicht der Fall ist, von den Bankabteilungen der Zentralinstitute bankmäßig verwaltet werden.

Diese Institute sind durch Jahrzehnte erprobt und haben auch sicherlich innerhalb der ihnen gestellten Aufgaben leistungsfähig gewirkt. Aber ebenso wie die reinen Gewerkschaftsbanken durch den einseitigen Charakter der ihnen zufließenden Gewerkschaftsgelder in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt sind, so sind auf der andern Seite die reinen Genossenschaftsbanken oder Bankabteilungen der Genossenschaften durch die Einseitigkeit der Anlagen, die nur bei den Konsumvereinen erfolgen, behindert. Das Tätigkeitsgebiet der reinen Genossenschaftsbanken ist ein begrenztes, weil sie nicht die umfassenden Aufgaben haben, die eine Arbeiterbank erfüllen muß.

Selbstverständlich ist die Arbeiterbank nicht nur das Bankinstitut für die Gewerkschafts- und Konsumgenossenschaftsbewegung, sondern auch für alle übrigen Organisationen wirtschaftlicher, politischer und kultureller Natur, die sich die Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft zur Aufgabe machen.

In Oesterreich hat wohl aus diesen Erwägungen heraus die österreichische Großeinbaugesellschaft der Konsumvereine gemeinwirtschaftlich mit den Gewerkschaften und den übrigen Wirtschaftsorganisationen der Arbeitnehmerschaft die „Arbeiterbank, A.G., Wien“, ins Leben gerufen, und man kann mit Recht sagen, daß dieser neue Banktypus für die moderne Arbeiterbewegung der gegeben ist.

Es ergeben sich für die modernen Arbeiterbanken, die nun auch als „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.G.“ in Deutschland — zunächst von den gewerkschaftlichen Organisationen — ins Leben gerufen ist, außerordentliche Entwicklungsmöglichkeiten. Die Vielgestaltigkeit der ihr zufließenden Gelder, Gewerkschaftsgelder, Spargelder, Depositionen aller Unternehmungen und Organisationen, die die Arbeitnehmerschaft geschaffen hat, die enge Zusammenarbeit mit den großen gelbbildenden Sozialversicherungskörpern mit Selbstverwaltung (Krankenkassen usw.) gestatten eine umfangreiche Banktätigkeit, die unbedingt befruchtend wirken muß auf alle Institute gemeinwirtschaftlichen Charakters.

Selbstverständlich hat die Arbeiterbank große Schwierigkeiten zu überwinden, die in ihrem Wesen begründet liegen. Eine der schwierigsten Fragen ist die Personalfrage. Die Arbeiterbank braucht Mitarbeiter, die nicht nur kaufmännisch durchgebildet sind und privatwirtschaftliche Erfahrungen haben, ohne persönlich privatwirtschaftlich interessiert zu sein, sondern die auch weltanschaulich mit der Arbeiterbewegung verbunden sind. Es ist naturgemäß außerordentlich schwer, solche Mitarbeiter in genügender Zahl zu finden. Mit dem zunehmenden Konzentrationsprozeß der Wirtschaft, der fähige Kräfte freisetzt, und dem Anwachsen der Arbeiterbewegung andererseits wird auch hier die Auswahl für geeignetes Personal größer werden. Außerdem werden sich im Geschäftsbetrieb der Arbeiterbank selbst geeignete Kräfte heranzubilden, die für leitende Stellen geeignet sind.

Eine andre Schwierigkeit, mit der die Arbeiterbank zu rechnen hat, ist die Tatsache, daß geschäftliche Abmachungen zwischen Organisationen der Arbeitnehmerschaft gewohnheitsgemäß nicht so genau und peinlich behandelt werden, wie es sonst im kaufmännischen Leben üblich ist. Es ist selbstverständlich, daß eine Arbeiterbank in dieser Beziehung genau so auf korrekte Abwicklung ihrer Geschäfte achten muß wie jedes andre Geldinstitut.

Es ist überhaupt festzustellen, daß die Methoden der Geschäftsführung der Arbeiterbank kapitalistische sein müssen. Das, was eine Arbeiterbank von den kapitalistischen Geldinstituten unterscheidet, ist die Zwecksetzung und der Gesichtspunkt, daß die Einlagen und die Gewinne der Arbeiterbank nicht den Profitbedürfnissen einzelner Personen dienen, sondern für die Interessen der Arbeiterbewegung selbst verwandt werden.

Natürlich muß jedes Geschäft der Arbeiterbank in sich wirtschaftlich sein und einen wirtschaftlichen Erfolg erzielen. Auch die Arbeiterbank muß Gewinne erzielen, wenn sie die ihr gestellten Aufgaben erfüllen soll. Sie muß ihre eignen Mittel stärken, um erfolgreich in gemeinwirtschaftlichem Sinne zu wirken. Sie wird dann erst den Bau oder den Erwerb von Produktionsbetrieben fördern und finanzieren und die dahin gerichteten Bestrebungen der Konsumgenossenschaften und der andern Wirtschaftsbetriebe der Ar-

betriebswirtschaftlich unterstützen können. Sie wird überall da, wo ein organisierter Konsum vorhanden ist, die direkte Produktion für diesen Konsum durch finanzielle Beihilfe fördern. — Außerdem wird die Arbeiterbank als Bankverbindung der Sozialversicherungsanstalten (Krankentassen) den eigenen Versicherungsgesellschaften der Arbeitnehmerschaft (Volkssicherung) usw. das Anlagebedürfnis dieser Körperschaften befriedigen müssen. Die Arbeiterbank ist die gegebene Stelle, um diese Organisationen zu beraten und ihnen die mündelstärkenden Anlagewerte zu beschaffen, deren sie bedürfen. Sie wird im Laufe der Jahre für Anleihen, Obligationen und ähnliche Wertpapiere als Emissionshaus auftreten können, sei es selbst, sei es durch Tochtergesellschaften oder eigene Hypothekendarlehen.

Die neue Epoche des Kapitalismus, die nach der Überwindung der großen Weltwirtschaftskrise beginnt, wird als ganz besonderes Charakteristikum die Entwicklung und Stärkung von gemeinwirtschaftlichen Organisationen aufweisen und auf vielen Gebieten einen wachsenden Staatskapitalismus zeitigen.

Die Vertreter und Funktionäre der Arbeitnehmerschaft, die in den zumeist mit Selbstverwaltung ausgestatteten Körperschaften tätig sind, können ihren Einfluss — je nach der politischen Stärke mit Erfolg oder weniger Erfolg — dahin geltend machen, daß die Arbeiterbank auch für die staatskapitalistischen Organisationen als Bankverbindung benutzt wird. Es hängt andererseits in hohem Maße von der Beweglichkeit und Geschäftstätigkeit der Leitung der Arbeiterbank ab, ob diese Möglichkeiten mit Erfolg ausgenutzt und als Gewinnquellen erschlossen werden.

Die Arbeiterbanken haben die Möglichkeit, der finanzielle Kristallisationspunkt für alle gemeinwirtschaftlichen Organisationen und Bestrebungen der Arbeitnehmerschaft zu sein und so ein neues Mittel im Kampf der Arbeitnehmerschaft um ihren Einfluß auf Staat und Wirtschaft zu werden.

Die internationale Vertrauens- und Verflechtung des Kapitalismus sind auch trotz des Krieges und trotz aller bestehenden nationalen Gegensätze im Fortschreiten begriffen. Es kann von großer und nicht zu unterschätzender Bedeutung im Kampfe gegen diese internationale Konzentration des Kapitals sein, wenn die in allen Ländern entstehenden Arbeiterbanken zu einem Zusammenarbeiten kommen. Der schon von den Konsumgenossenschaften gepflegte internationale Geschäftsverkehr wird durch die Arbeiterbanken gefördert werden können. Auch der internationale Kreditverkehr, der bisher Monopol der Großbanken ist, kann — wenigstens soweit er die gemeinwirtschaftlichen Betriebe der Arbeitnehmerschaft betrifft — durch die Arbeiterbanken geregelt und ausgebaut werden.

Selbstverständlich ist das oben Angeführte nur als Ziel einer ganzen Entwicklung aufzufassen. Die Arbeiterbanken müssen sich aus kleinen Anfängen und aus eigener Kraft langsam entwickeln. Jeder Rückschlag kann von größerem Schaden sein als bei jedem privatkapitalistischen Institut, um so mehr, als die Öffentlichkeit selbstverständlich den Arbeiterbanken von vornherein größere Beachtung schenken wird. Jedes Geschäft muß deshalb mit größter Vorsicht behandelt werden, um Mißerfolge vorzubeugen.

Daß die Idee der Arbeiterbank eine gesunde ist, zeigt die oben angeführte Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika und in den europäischen Ländern wie Oesterreich, Dänemark, und nicht zuletzt auch die Entwicklung der neuen deutschen Arbeiterbank.

Es handelt sich hauptsächlich darum, daß die Arbeitnehmerschaft und vor allem ihre Funktionäre sich der großen Bedeutung bewußt werden, die ihre eigene Bank für ihren eigenen Kampf hat, und daß sie die Bestrebungen ihrer Bank überall fördern und unterstützen.

Nicht zuletzt wird das Gelingen der Arbeiterbanken auch von Vorteil für die Gewerkschaften sein. Ihre Kassenverwaltung kann im Laufe der Zeit wesentlich vereinfacht werden. Die Förderung gemeinwirtschaftlicher Bestrebungen durch die Arbeiterbank bedarf sich mit den wirtschaftlichen Zielen der Gewerkschaften.

Als Kind der gesamten Arbeitnehmerschaft wird somit die „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ nicht nur zur Stärkung und Hebung der Bedeutung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben beitragen, sondern vor allem auch zur Stärkung ihres Ansehens bei den eigenen Anhängern.

Bericht von der 1. Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene

Die bereits für das Vorjahr geplante Veranstaltung konnte wegen der Inflationschwierigkeiten erst in diesem Jahre abgehalten werden. Sie fand am 29. und 30. September im Hygiene-Institut zu Würzburg statt. Von unserem Verbands nahmen die Kollegen Lohle und Winkler teil. Andere Vertreter gesundheitsgefährdlicher Berufe waren ebenfalls vertreten, während der gesamte ADGB gleichzeitig durch den Vorsitzenden des Malerverbandes, Genossen Seitz, vertreten wurde.

Hauptsächlich setzte sich die Versammlung aus Vertretern der medizinischen Wissenschaft, staatlicher Behörden, der Berufsvereinigungen und der Krankentassen zusammen. Auch Arbeitgeberverbände waren vertreten, doch vermissten wir solche der Steinindustrie, obgleich der Vertreter der gesundheitsgefährlichsten Gruppe in Würzburg seinen Sitz hat.

Es ginge natürlich zu weit, einen umfassenden, allgemeinen Bericht der Tagung zu geben, deshalb beschränken wir uns auf das die Steinindustrie interessierende. Vorweg sei bemerkt, daß unsere Absicht, die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf das überaus gesundheitsgefährliche Gebiet der Steinindustrie zu lenken, sich als unerschütterlich erwies, denn fast sämtliche Redner, Theoretiker und Praktiker, erwähnten unter anderem gefährlichen Staubarten auch den Steinstaub, woraus sich die Notwendigkeit der Anwendung von Verhütungs- und Bekämpfungsmaßnahmen von selbst ergibt.

Interessant waren die Ausführungen der Wissenschaftler, welche darlegten, daß unsere Berufskrankheit keineswegs immer mit Tuberkulose identisch ist, sondern daß die bloße Staublung die Atmungsorganismen ebenso erschwert bzw. außer Kraft setzt, wie die Tuberkulose ihn zerstört. Das Zusammenwirken beider Krankheitsarten ist natürlich sehr häufig, und die Tuberkulose wird durch die Staublung außerordentlich begünstigt. Am gefährlichsten ist, wie bekannt, der Sandsteinstaub wegen seiner unlöslichen, spitzen und scharfen Quarzteile. Weniger gefährlich ist der Granitstaub, noch weniger der Marmorstaub, während der Kalksteinstaub wegen seiner Löslichkeit und seiner sonstigen Eigenschaften sogar eine günstige Wirkung auf Tuberkulose ausüben soll. Jedenfalls stimmten die beiden medizinischen Sachverständigen, Geheimrat Prof. Dr. Lehmann-Würzburg und Regierungsrat Dr. Engel vom Reichsgesundheitsamt, darin überein, daß der kieselsäurehaltige Staub gefährlich, animalischer Staub dagegen harmlos sei.

Gewerbeamt Wenzel-Berlin verlangte eine Ausdehnung der gesetzlichen und polizeilichen Mittel, um erfolgreicher auf dem Gebiete der Staubverhütung und Staubbekämpfung vorgehen zu können. Ministerialrat Geheimrat Dr. Dietrich vom preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt wünschte bessere Zusammenarbeit aller in Betracht kommenden staatlichen und privaten Stellen und eine umfassende und gründliche Belehrung und Aufklärung der Arbeiter über die gesundheitlichen Gefahren ihres Berufes und über deren zweckmäßige Bekämpfung.

Professor Dr. Chajes-Berlin wies auf den Zusammenhang der sozialen Lage und der beruflichen Schäden hin. Eine Besserung der sozialen Verhältnisse würde zweifellos zur Verhütung und Bekämpfung der Berufskrankheiten beitragen. Im übrigen trat auch dieser Redner für die weitestgehende Belehrung aller Volksteile, nicht nur der Arbeiter, sondern u. a. auch der Ärzte ein, die den

gewerbehygienischen Anforderungen bei ihrer bisherigen Ausbildung nicht gerecht werden könnten. Arbeitsgemeinschaften zwischen Studenten und Arbeitern könnten zum Erfolge beitragen. Von großem Vorteil wäre auch die Errichtung einer gewerbehygienischen Abteilung im ADGB.

Von dem Vertreter des ADGB wurde gewünscht, daß die auf dem Gebiete der Gewerbehygiene tätigen Personen sich vor allem das Vertrauen der Arbeiter erringen müßten, denn ohne dieses sei eine Arbeitsgemeinschaft schwer zu erreichen.

Wichtige Mitteilungen über die gesundheitlichen Erhebungen in der Steinindustrie machte Ministerialrat Prof. Dr. Koesl-München. Durch einen Vergleich der allgemeinen mit den Steinarbeiter-Kranken- und Sterbstatistiken der letzten 3 bis 4 Jahre läßt sich das Verhältnis zueinander leicht feststellen. Der Vergleich des neuen mit dem früheren statistischen Material ergab eine bedeutende Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der Steinarbeiter. Eine günstige Wirkung habe auch die Kriegspause auf die Atmungsorgane ausgeübt, indem sich während dieser Zeit eine mehr oder weniger starke Staubabreibung vollzogen habe. Die stärksten Gesundheitsschäden verurteile auch nach seinen Feststellungen der Sandstein-, Mischel- und Schotterarbeiter wiewen geringe Gesundheitsschäden auf, während der Gesundheitszustand der Granit- und Kalksteinarbeiter teilweise sogar über dem Bevölkerungsdurchschnitt stehe. Im allgemeinen seien aber nicht nur die Berufsschäden, sondern neben anderen Ursachen auch der Wohnungs-mangel und der übermäßige Alkoholgenuss als Nährboden für Krankheiten aller Art anzusehen.

Für die Gleichsetzung der Berufskrankheiten mit Unfällen trat Gewerbe-Medizinalrat Dr. Teleky-Tübingen in bedingter Weise ein. Eine allgemeine Durchführung dieser Art dürftigsten berechtigten Forderung sei zur Zeit nicht möglich.

Alles in allem hat sich auf dieser Tagung gezeigt, wie nützlich unsere Mitwirkung auch auf diesem Gebiete ist. Wenn die Arbeitgeberorganisationen auch nicht öffentlich auf dieser Tagung hervorgetreten sind, so ist ihre Abneigung gegen Arbeitermaßnahmen, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen doch so bekannt, daß eine von ihnen unabhängige Studiengesellschaft zum Schutze der Arbeiter gar nicht genug gefördert werden kann.

Wertbeurteilung.

Unser Arbeitsrecht ist seit kurzem durch einen neuen Nachdruck bereichert worden: die Wertbeurteilung. Man versteht darunter daselbe, was früher unter dem Namen Aussehen bekannt war. Wenn in einem Betriebe die Arbeit knapp wird, greift der Unternehmer nicht immer gern gleich zur Entlassung. Recht oft wird zunächst versucht, über die Zeit der Krise dadurch hinwegzukommen, daß Arbeitskräfte eine bestimmte Zeit aussetzen. Manchmal geht das Aussehen reißend.

Damit kann unter Umständen beiden Seiten gedient sein, dem Unternehmer und den Arbeitern. Der Unternehmer behält die eingearbeiteten Kräfte, und die Arbeiter haben Aussicht, nach einiger Zeit wieder Beschäftigung und Verdienst zu haben. Sie bleiben in dem Betriebe, in dem sie eingewöhnt sind und in dem sie manchmal, nach längerer Tätigkeit, Anspruch auf Urlaub, höheren Lohn, höhere Leistungen der Betriebskrankenkasse usw. haben. Das wechselseitige Aussehen ist unter Umständen für den Einzelnen auch weniger schädlich als Arbeitslosigkeit von längerer Dauer.

Das eben Gesagte trifft aber nur dann zu, wenn es sich um ein Aussetzen der Arbeit von nur wenigen Tagen, schlimmsterfalls von nur wenigen Wochen handelt. Ein längeres Aussetzen kann für die davon Betroffenen größere Schädigungen im Gefolge haben, als

Außenbauformen.

II.

Manche verwandte Züge, namentlich in der ornamentalen Dekoration, weist der babylonisch-assyrische Stil mit dem ägyptischen auf, nur tritt hier, selbst bei Palast- und Tempelbauten, der Bodenbeschaffenheit des Gebietes entsprechend, an die Stelle des Steinmaterials der an der Luft getrocknete Ziegel, als Stütze und Verkleidung der wenig widerstandsfähigen Mauerwerk und das nicht sehr tragfähige Holz der heimischen Palme.

Neben der figürlichen, reihenweise im Relief übereinander angeordneten Flächendekoration finden wir auch sehr ausgiebig das stilisierte Pflanzenornament: Lotosblume, Rose, Schilfblatt usw., sowie das geometrische. Inscriften sind sehr selten unter das Ornament gemengt, weil die alte Keilschrift auch total undekorativ wirkt.

Von groteskem Eindruck sind die über Eck gestellten kolossalen Kapitälchen im Relief, geflügelte Stiere mit Männerköpfen. Originell ist auch die Idee, schreitende Löwen als Träger von Wandfüßen zu verwenden.

Auch im ägyptischen Stil klingt vieles an den ägyptischen an, wie andererseits an den babylonisch-assyrischen. Dagegen erhält die Säule eine ganz eigenartige Ausbildung. Nicht nur, daß ihr Körper (der Schaft) eng gestuft lanneliert wird, stellt man jenen auch auf einen glockenförmigen Sockel (Basis), der auf einer dünnen Scheibe ruht und über den in einer Doppelreihe, manchmal auch dreifachen, Schilfblätter herabfallen. Ober dieser Basis umläuft, wie bei der ägyptischen, ein ein- oder auch mehrfacher Wulst, wieder als Symbol des Bindens, der Schnur, den langen und schlanken Schaft. Ganz apart ist aber das Kapitäl gebildet. Auf einer dünnen, unmittelbar dem Schaft aufliegenden Platte ruhen mit dem Rücken zusammenstoßende Doppelstiere: Einhorn, Pferd, Stier u. a., auf deren Rücken dann in dem durch die anfragenden Köpfe gebildeten Einschnitt die Deckenbalken ruhen. Auch ein Doppelpapirus ist häufig zu treffen, eine Art korbähnlicher, geriefter Korb, an seinem schmalen Unterende von einer Perlenschnur umzogen, unter der ein nach unten herabfallender langer Blätterkranz hervorquillt. Dem Korbhals liegt eine kleinere dünne Scheibe auf, die einen geradlinigen, mit Schnecken (Voluten) oben und unten ausladenden Fuß trägt, dem dann wieder die Doppelstiere aufgesetzt sind.

Diese drei Bauteile, die ganz Westasien und Nordafrika — Palästina, Syrien, Äthiopien usw. — in ihren Grundmotiven beherrschten, waren die Vorläufer des griechischen Stiles, den wir heute noch mit Recht als einen muster-gültigen (klassischen) bezeichnen.

Seine ältesten Formen sind die pelagischen, das Schachhaus des Akropolis und das Löwentor zu Mykenae. Das Schachhaus ist ein unterirdischer, auf dem ägyptischen System der Hochtragung beruhender Kammer-(Kasematten-)bau, der an die Konstruktion der Pyramiden erinnert. Scharfsinnig aber ist an ihm die Entlastung des Türsturzes durch das über diesem eingeordnete offene Dreieck. Dieses finden wir auch wieder bei dem Löwentor, wo es jedoch durch die davorgestellte Reliefplatte mit den vor einer Säule aufgerichteten stehenden Löwen nach außen verdeckt war.

Originell ist nun die Form und der ornamentale Schmuck der Säule von jenem Schachhaus. Deren Schaft verjüngt sich nämlich nach unten. Ihn umlaufen breite, reliefierte Adenbänder mit spiralförmiger Musterung, unter dem ähnlich am Wulst dekorierten Scheitelkapitäl, dessen unteren Teil ein Blätterkranz ziert, umläuft eine ganz schmale Einziehung, gleich der Druckfurche einer Schnur, den Schaft. Hiermit, sowie mit jenen Bändern ist wieder die Bindung des Schaftes symbolisiert.

Weist dieser pelagische Stil in seiner Ornamentierung der Bauglieder noch ganz die Formensprache des aus der Hand des Gold- und Waffenschmiedes hervorgegangenen Schmuckes auf, sowie die harte Anlehnung an ägyptische Vorbilder, so begannen die in Griechenland eingewanderten Dorer die Schaffung eines neuer charakteristischen Stiles. Sie machten sich bis auf geringfügige Anlehnungen von allen Nachahmungen veralteter (archaischer) Formen frei.

Der Grundzug des dorischen Stils ist festerlicher Ernst. Wuchtig streben dessen Tempel- und Palastbauten auf dem das Terrain ausgleichenden Unterbau (Krepidoma) empor. Der Kern dieses Unterbaues (Stereobat) ist gewöhnlicher Haufstein mit Würfelsquadern (Stylobat) aus edlerem Material. Die Säule, aus einzelnen Trommeln gefügt, die in ihrer Mitte durch einen Holzpflock aufeinandergepaßt sind, ruhen ohne Basis dem Unterbau auf. Sie sind lanneliert und verjüngen sich nach oben. Unter dem Kapitäl, das von einem einfach eingezogenen Viertelstab (Chinus) gebildet wird, umgeben ebenso, wie etwas weiter unten den Schaft, einige, durch schmale Zwischenräume getrennte Riemchen den Hals der Säule, abermals das Binden andeutend. Dem mit einer scharfen Umbiegung nach oben endigenden quadratischen Chinus liegt die Tragplatte (der Abakus) gleichfalls viereckig auf.

Auf dem Abakus lagert nun das Gebälk (Architrav), das an den gegen die Mitte hin stehenden Säulen auch genau in deren Mittelinie aufliegt; daran schließt sich der Fries mit seinen Dreiecksfries (Triglyphen), die mit ihren kleinen Tropfen (Gutae) über das kleine, dazwischen eingeschobene Blättchen (Regula) in den Architrav herabreichen. Den Fries (Zophoros) zieren senkrecht die Dreiecksfries und zwischen ihnen die für Reliefs freigelassenen Felser (Metopen). Das stark ausragende Kranzgesimse (Geison) stützen Konsolen, die gleichfalls mit Tropfen (Mutuli) dekoriert sind. Daran schließt sich das schräg zum Giebel ansteigende Gebälk mit der Traufkante (Sima), das den dreieckigen Frontispiz (Tympanon) nach oben und unten gegen das Sima abschließt. Das Sima ist an seiner Auflagerung an dem Geison meist mit einem Löwenkopf als Wasserspeier geziert. An den Enden des Giebels und dessen Spitze haben die Stirnziegel (Akroterien) ihren Platz.

Das Kapitäl war ursprünglich mit nach abwärts geföhrten Blättern, der Abakus mit dem von den Pelagern übernommenen Truweg (Mäander) bemalt. Ähnlich wurde das Stirn- oder Traufwandpfeiler- (Pilaster- oder Anten-) Kapitäl behandelt. Ein Sondermerkmal des dorischen Stils ist auch die Schrägstellung der Türpfeiler.

Aus dem dorischen entwickelte sich der jonische Stil. Er ist wesentlich verfeinert. Seine Architekturglieder sind nicht mehr bemalt, sondern plastisch gearbeitet. Seine Säulenstäbe sind gleichfalls öfter lanneliert, stehen jedoch auf einer durch Wulste (Torus) und Hohlkehlen (Trochil) gezielten Basis (Spira), denen mehrfach noch eine quadratische Platte (Winthe) untergelegt ist.

Die augensälligste Veränderung erfährt das Kapitäl. Dort, wo die nun durch schmale Stege getrennten Kannelierungen des Schaftes der Säule oben endigen, umschließt den Hals eine tierliche Perlenschnur; darüber liegt ein Eierstab, manchmal auch noch zwischen beiden ein Palmettenfries. Dem Eierstab ruht ein sich leicht nach unten ausbauchender Postler auf, dessen Enden sich seitlich, weit übergreifend, zu den charakteristischen Schnecken (Voluten) aufammenrollen, aus deren inneren Ecken häufig eine Geißelblütte hervorquillt. Die Abakusplatte ist dünn und vielfach mit einem Herzblatt oder Eierstab verziert.

Der Architrav ist nicht selten stufenförmig gealbert und unter dem Geison eine Hängenlatte mit Rahnschnitt, statt der Spaltenköpfe einordnet. Die Kannelier sind meist mit Herzblatt, Eierstab und doreischen verziert. Das Antenkapitäl hat keine Voluten; nur an einigen kleinasiatischen Varianten ist eine lamedenförmige Einrollung der ornamentierten Einfassung zu treffen.

Karibge Behandlung der Bauwerke, auch der plastischen Ornamente, weisen nur einzelne attisch-jonische Bauten auf. Ein besonderes Charakteristikum des so genannten jonischen Stiles ist weiter der Wegfall der Triglyphen und Metopen; an ihrer Stelle tritt der durchlaufende figurale oder ornamentierte Fries. Eine sehr reiche Ausbildung erfuhren auch die nun geradlinigen Türumrahmungen und deren Bekrönung, für die als Träger die Volutenkonsole verwendet wird.

Der reichste der griechisch-klassischen Stile ist der korinthische. Im allgemeinen nur eine Weiterentwicklung und Fortbildung des dorischen und jonischen, deren Motive er übernimmt, zum Teil verfeinert durch Einfügung neuer vermehrt, ist sein Hauptmerkmal das Säulenkapitäl. Der Fuß der Säule wird häufig

nach extra auf einen quadratischen Unterfuß, die Winthe, gestellt und die Wulste der Basis reliefiert. Der Säulenschaft erhält Kannelierungen mit dazwischenliegenden Stegen, jene aber liegen nicht an ihrem oberen Ende zungenblattförmig zu einem vorpringenden Kranz um. Oberhalb diesem umläuft ein schmaler Bandfriesen oder kleiner Wulst den Säulenschaft und daraus streben nun sofort die reich gegliederten, stilisierten und oben überfallenden Pärenklau (Antanthus-)Blätter empor, den unteren Teil des korbähnlichen Kapitäls umkränzend. Aus diesem Ring schießen lange schwertartige Blätter auf mit nach auswärts geneigten Spitzen, zwischen deren Zweideln kleine gezackte Blätter an langen Stengeln eingeordnet sind. Diesem Kelch (Kalathos) ruht unmittelbar die profilierte Abakusplatte auf.

Diese ursprüngliche Form erhielt später durch den Bildhauer Kallimachos eine wesentliche Umgestaltung. Er umrandete den Hals des Kapitäls mit mächtig hohen, zungenförmigen, oben nach außen umgebogenen Blättern, zwischen die er kleinere spitze einfügte. Aus diesem Kranz strebt nun, dicht gestellt, der forbarliche der Antanthusblätter auf und aus diesem entwickelt sich der korbartige Oberteil mit aus anstehenden Antanthusblättern hervorwachsenden Ranken geschmückt, die sich nach außen zu stark ausladenden Voluten einrollen, nach innen aber zu Reliefspiralen, deren oberen eine Palmette aufgesetzt ist. Der geschwungene, hübsch profilierte Abakus ist an den Ecken abgestumpft und ruht damit den Voluten auf.

Ein vom korinthischen Stil besonders gepflegtes Zierglied als hübsches Motiv für das Kranzgesimse des Daches waren die zwischen den Giebel- und Eckakroterien eingefügten Stirnziegel (Antefixe) in Gestalt von Palmetten oder Köpfen.

Einen ganz hervorragenden Schmuck architektonischer sowohl wie plastischer Art schuf diese klassisch-antike Periode mit den Karyatiden (Karyophoren), deren schönste am Erechtheion zu sehen waren.

In relativ engen Grenzen bewegte sich das dekorative Ornament der klassisch-griechischen Stile. Das Antanthusblatt, die Winthe, Geißelblütten, die Palmette, Winthe, Karyatide, Schilf und wenige andre waren die Pflanzenmotive, mit denen sie ihr Aussehen fanden. Dazu gefellte sich der Zahnschnitt, Eier- und Perlstab, der Mäander, die Rosette, das Herzblatt und verschiedene Randornamente. Bewundernswert aber ist, wie jene Künstler diese Motive zu stilisieren und zu verwenden verstanden. Sie unterschieden genau vom aufstrebenden und abwärts hängenden, also senkrecht (vertikalen) und vom wagerechten (horizontalen), also sogenannten Laufornament, vom konstruktiv-bindenden und tragenden Konstruktiven. Dabei behandelten sie die Schrift nie ornamental, in der richtigen Erkenntnis, daß diese klare und bestimmte Auskunft, doch keine Rätsel zu lösen seien soll.

In Italien herrschte zur Zeit der Ausbildung jener griechischen der etruskische Stil. Seine Bedeutung für die spätere Zeit liegt darin, daß er auf Grund der Kenntnis der ägyptischen und pelagischen Uebertragungsstrukturen der unterirdischen Kammern zu der des freien Gewölbes gelangte. Die Etrusker erfanden scharfsinnig das auf Stützen (Pfeiler) gelagerte, sich selbst tragende Keilsteinengewölbe. In ihren Tempelbauten lehrten sie sich mit Varianten zunächst an pelagische Vorbilder an.

Soziales Denken.

Leben heißt kämpfen mit Sorgen und Not,
Leben heißt schaffen uns tägliche Brot,
Leben heißt ringen fürs Menschentum,
Lehrt uns verachten äußeren Ruhm.

Sind die Zeiten auch hart und schwer,
Jeder gebe sein Bestes her!
Darum soll einer den andern stützen —
Keiner soll fremde Kräfte nützen!
Alle gemeinsam durch Sorge und Not —
Dann winkt der Zukunft Morgenrot!

Ida Bratte.

Entlassung. Das ist dann der Fall, wenn bei Arbeitslosigkeit Unterstützung gesucht wird, die ausstehenden Arbeitskräften in der Regel nicht gewährt wird, und wenn der Werkbeurlaubte nach einiger Zeit des Aussehens die Arbeit verliert, sei es dadurch, daß er entlassen wird, sei es dadurch, daß er selber geht.

In der gegenwärtigen Zeit sind solche Fälle häufig. Zunächst glaubt der Unternehmer wohl selber, daß er diejenigen Männer und Frauen, die er aussuchen läßt, die werkbeurlaubt werden, wie es jetzt heißt, nach einiger Zeit wieder einstellen kann, und auch die Werkbeurlaubten haben diese Hoffnung, und sie klammern sich an sie. Sie bemühen sich deshalb während des Aussehens nicht um andere Arbeit. Hierzu veranlaßt sie freilich oft genug einmal die gegenwärtige trostlose Lage des Arbeitsmarktes, es veranlaßt sie dazu aber oft genug auch die Rücksicht der Bindung an die bisherige Arbeitsstelle. Man will dem Unternehmer nicht gern wissen lassen, daß man sich nach anderer Arbeit umsieht. Dadurch verzichtet der Werkbeurlaubte aber auf Erwerbslosenunterstützung, denn die Voraussetzung für den Anspruch auf Unterstützung ist bekanntlich, daß sich Werkbeurlaubte, wie jeder andere Arbeitslose, in den vorgeschriebenen Fristen auf dem Arbeitsnachweis melden und sich in jeder Beziehung den für den Bezug von Erwerbslosenunterstützung vorgeschriebenen Bedingungen fügen, die Werkbeurlaubte nicht erfüllen können, die das Arbeitsverhältnis zum bisherigen Arbeitgeber nicht lösen und insbesondere ihre Papiere von diesem nicht abholen wollen.

Dauert die Werkbeurlaubung nur kurze Zeit, so erwächst den betreffenden Arbeitnehmern daraus ja auch geringerer Schaden, als wenn sie viele Wochen, ja Monate hindurch sich als völlig Arbeitslose mit der geringen Erwerbslosenunterstützung behelfen müssen. Deshalb ist es durchaus zu verstehen, daß die Arbeitnehmer im allgemeinen gern auf den Vorschlag eingehen, eine kurze Zeit auszusehen, trotz der Aussicht, in dieser Zeit keine Einnahmen zu haben. Nicht selten sind in den letzten Monaten übrigens Arbeiter und Arbeiterinnen für Werkbeurlaubung eingetreten, um Entlassungen zu vermeiden, nicht zuletzt auch aus dem Grunde, um sich nach Möglichkeit die Vergünstigungen zu erhalten, die ihnen nach längerer Tätigkeit im Betriebe erwachsen.

Aus der Werkbeurlaubung aber kann den Arbeitnehmern schwerwiegender Schaden entstehen, in erster Linie dann, wenn aus der Werkbeurlaubung nach einiger Zeit gänzliche Arbeitslosigkeit wird. Diese Fälle können eintreten dadurch, daß dem Werkbeurlaubten die Zeit zu lang wird und die Aussicht, wieder im Betriebe beschäftigt zu werden, zu gering scheint, und daß er deshalb das Arbeitsverhältnis löst, und ferner dadurch, daß der Arbeitgeber nach einiger Zeit der Werkbeurlaubung den Arbeitnehmer entläßt. Löst der Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis, dann muß er von diesem Zeitpunkt an noch vier Wochen warten, ehe er Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung hat. Gewissenlosen Unternehmern ist dadurch günstige Gelegenheit gegeben, Arbeitnehmer ihren Wünschen gefügig zu machen. Je länger die Zeit der Werkbeurlaubung dauert, desto größer wird begreiflicherweise in der Regel das Verlangen nach Arbeit und Verdienst, selbst wenn die Arbeitsbedingungen keine günstigen sind. Es ist menschlich begreiflich, daß in solchen Fällen sogar Angebote von Arbeitnehmern zu schlechteren als den üblichen Bedingungen erfolgen.

Werkbeurlaubte Arbeitnehmer werden deshalb lange zögern und es sich sehr überlegen, ehe sie dazu übergehen, das Arbeitsverhältnis von sich aus zu lösen, nachdem sie einige Zeit ausgeht haben. Werden sie nach einiger Zeit der Werkbeurlaubung entlassen oder wird die endgültige Lösung des Arbeitsverhältnisses in Aussicht gestellt, wenn sie sich nicht den Wünschen des Arbeitgebers fügen, so werden den betreffenden Arbeitnehmern in der Regel ja Mittel zur Wahrung von Ansprüchen aus Tarifverträgen, Verabredungen und Gelehen usw. zuteil. Die Erfahrungen zeigen doch aber, daß in Zeiten starken Überangebots von Arbeitskräften von diesen recht oft auf die Geltendmachung solcher Ansprüche verzichtet wird, um nicht unbeliebt zu werden. Sie fügen sich oft genug lieber den Bedingungen, um wenigstens etwas zu haben.

Für die Unternehmer sind Werkbeurlaubungen ein sehr bequemes Mittel, um sich eingearbeitete Kräfte zu halten, ohne daß es sie etwas kosten. Sie kommen dadurch auch um die Verpflichtungen und um die Kontrollen herum, die ihnen aus der Stilllegungsverordnung entstehen, wenn sie ihren Betrieb durch Entlassung von Arbeitskräften einschränken wollen. Die Werkbeurlaubung wird, wenn sie sich einbürgert, auch ein bequemes Mittel werden, um sich unliebbare Kräfte „auf gute Weise“ zu entledigen, dadurch nämlich, daß man sie wochenlang ohne Beschäftigung und ohne Verdienst läßt in der begründeten Hoffnung: sie gehen dann von selber. Daran ändert nichts der Bescheid des Arbeitsministers, daß Werkbeurlaubungen nicht einseitig ausgesprochen, sondern nur durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung (Arbeitsordnung) oder Einzelvertrag vereinbart werden können. Daran ändern auch nichts die beachtenswerten Hinweise von Clemens Nöpel in Nr. 34 der „Gewerkschafts-Zeitung“ auf die nach solchen Vereinbarungen den Arbeitnehmern zustehenden Rechte aus Tarifverträgen, Stilllegungsverordnungen usw. Man muß sich doch immer vor Augen halten, daß in zahlreichen Fällen Arbeiter und Arbeiterinnen entweder aus Unkenntnis über die eventuell eintretenden Schäden und über die ihnen zustehenden Rechte, oder im Vertrauen auf die guten Absichten des Unternehmers oder mißbeachtet durch große Not, ohne offenen Widerspruch auf Werkbeurlaubung eingehen.

Deshalb kann nicht dringend genug die Arbeiterschaft aufmerksam gemacht werden auf die Gefahren, die ihr aus der geschilberten, immer mehr in Uebung kommenden Art der vorübergehenden und auch dauernden Entfernung von Arbeitskräften aus Betrieben entstehen können und bereits entstanden sind. Es kann ferner der Arbeiterschaft nicht oft und nicht eindringlich genug immer wieder der gute und begründete Rat gegeben werden, durch Zusammenwirken und durch Aufklärung Gelegenheiten zu schaffen, wirtschaftlichen Schaden von sich abzuwenden und Rechte zu wahren und geltend machen zu können, die ihnen zustehen. Ist genug wird kollegiales Zusammenhalten der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben und in der Organisation (das ja den Unternehmern nicht unbekannt bleibt) allein schon genügen, um diese davon zurückzuhalten, aus der Notlage der Arbeiterschaft Vorteile zu ziehen.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unser Lohnkampf. Streit in Mainz; in Buchenau (Eisenerzwerke); in Nürnberg (Marmorarbeiter); in Kassel (Steinmehlen); in Halle (Steinmehlen); in Leipzig (Marmorarbeiter). Im Straßenbau: Delitzsch, Zeitz, Merseburg, Halle Kassel, Dessau, Erfurt bei den Firmen Späth, Döring, Feldmann, Reutterling.

Gesperrt. In Friedberg (Hessen) Platz der Firma Damm. In Freyburg a. d. Unstr. für Steinmehlen. Unternehmer lehnen Verhandlung und Lohnerhöhung ab.

Zugzwang fernhalten: Von Rammuzach im Murgtal (Schwarzwalde). Es kommen hier die Betriebe der nachstehenden Firmen in Frage: Meier, Geiser und Trentini. Von Herbecke und Umgebung. Von Wien (Oesterreich) Alabasterbildhauer und kunstfermische Arbeiter. Von Steinheim nach Freistaat Anhalt, Kreis Calbe, Kreis Halberstadt, Thüringen und Regierungsbezirk Erfurt. Auskunft erteilt Gauleiter Kollege Göhre in Halle.

Aussperrung: Altenburg (Straßenbau). Erledigte Lohnbewegung. Osterholz: Sandsteinbrüche, mit Erfolg beendet; ebenso in Erfurt für Steinmehlen, in Gera-Weida für Steinseher, Kammer und Hilfsarbeiter.

Ober-Schlesien. Anlässlich einer Versammlung im Basaltsteinbruch in Graafe in Ober-Schlesien erklärte ein Kollege, daß es notwendig sei, daß öfter ein Vertreter des Verbandes kommen müsse, um eine Versammlung abzuhalten, denn in der Regel finden nur Versammlungen statt, wenn ein Vertreter des Verbandes erscheint. Ober-Schlesien würde viel zu tiefmütterlich behandelt, usw. Ich kann nur über diese Ausführungen nicht rechten, muß aber zugeben, daß auch mir in meiner vierjährigen Tätigkeit für den Verband der Steinseher nicht allzuviel Zeit für Ober-Schlesien zur Verfügung gestanden hat. Auch mir war es nur möglich, die Lohnverhältnisse zu regeln. Eine Aufklärungsarbeit in Form einer Agitationstour war mir bisher verlagert; abgesehen von einigen wenigen Versammlungen, habe auch ich Ober-Schlesien immer wieder fluchtartig verlassen müssen, um in den übrigen Bezirken nach dem Rechten zu sehen. Insofern treffen obige Ausführungen zu. Daß aber hier noch viel Aufklärung notwendig ist, konnte ich in der kurzen Zeit, die ich mich im Betriebe aufgehalten habe, feststellen. Trotz 1½stündiger Mittagspause erachtete es nur etwa der dritte Teil für notwendig, an der Versammlung teilzunehmen. Ein Teil der Belegschaft schrang sich sofort auf das Stahlfeld, um die Mittagspause unverkürzt im Familienkreise zu verleben. Aber ein anderer Teil nahm häufig während der Zeit des Schließens, des Lossprengens von Gesteinsmassen, die Maßzeit ein, um, nachdem der letzte Schuß gefallen war, die Arbeitsstätte wieder aufzusuchen und das Gestein zu zerkleinern. Der Akkordpreis ist so niedrig festgesetzt, daß alle Kräfte angewandt werden müssen, um einen auskömmlichen Lohn herauszuwirken. Aber auch die Gesteinsmassen sind verschieden, so daß ein Teil der Belegschaft, der das Unglück hat, die besonders zähen Abers des hartnäckigen Fajalts zu bearbeiten, nicht nur alle Kräfte anwenden, sondern auch die Zeit bis aufs äußerste ausnützen muß, um auf seine Rechnung zu kommen. Eine Zulage für die besonders zähen Abers des Gesteins wird nicht gezahlt. So ist es keine Seltenheit, daß der Steinbruch schon bei Tagesanbruch, im Sommer früh 4 Uhr, aufgeschicht und erst abends gegen 9 Uhr wieder verlassen wird. Auch die Dampfströme, welche mit schrilltem Ton die Pausen anmeldet, wird überhört oder mit Willen nicht beachtet. Erst wenn das Hornsignal ertönt, aber auch erst, wenn es zum drittenmal ertönt und die Gefahren anmeldet, die beim Sprengen eintreten, verlassen die Unermüdeten ihre Arbeitsplätze, um unter das nächste Schußbad zu schlüpfen. Böher in dem Schußbad zeigen recht deutlich, wie groß doch die Gefahren für das Leben und die Gesundheit in diesen Betrieben sind. Als Gegenleistung für diese aufopferungsvolle und überaus harte Arbeit ist der Lohn außerordentlich niedrig. Und da wagen es die Arbeitgeber noch, vom Abbau dieser Löhne zu sprechen, weil ihnen zur Zeit genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Dies müßte allen Beschäftigten doch Anlaß zu tieferem Nachdenken geben. Hoffen wir, daß die jetzt der Versammlung ferngebliebenen zur nächsten Versammlung erscheinen.

Die niedrigen Löhne in der Schotterindustrie stehen in Ober-Schlesien aber nicht vereinzelt da. Auch in den übrigen Gewerben sind hier die Löhne noch recht niedrig. Dies kommt beispielsweise bei den Löhnen der Steinseher im Vergleich zum Maurerlohn recht drastisch zum Ausdruck. Stehen doch zur Zeit die Löhne der Steinseher mit 94 Pfg. die Stunde 56 Prozent über dem Maurerlohn. Hier ist der niedrige Maurerlohn zur Weiterentwicklung unserer Löhne geradezu ein Hemmschuh. Dies gilt auch für die Provinz Schlesien, wo die Löhne der Bauhandwerker mit ihrem Tiefstand recht bemerkenswert sind. Wenn es uns trotzdem gelungen ist, die Löhne vorwärtszubringen, so ist dies nur dem festen Zusammenhalt unserer Berufsgruppe, gestützt auf den Rückenhalt im Steinarbeiterverband möglich gewesen. Weisen die Kollegen von Schlesien und Ober-Schlesien auch in Zukunft alle Zerplitterungstendenzen von sich, wird es ihnen auch möglich sein, in Zukunft alle Angriffe der Arbeitgeber abzuwehren.

Steinseher und Pflasterer.

Hamburg. Am 18. September fand im Gewerkschaftshaus eine besondere Versammlung statt mit der Tagesordnung: Warum müssen wir die Arbeit im Stundenlohn der Akkordarbeit vorziehen? Als Referenten hierzu waren die Kollegen W. Wagner und S. Koblentz bestimmt worden. Kollege Wagner, als Gegner der Akkordarbeit, ging ausführlich auf die Frage der Akkordarbeit ein, unter besonderer Berücksichtigung der Rolle, die diese Frage schon seit dem Bestehen der Zentralorganisation im Verbandsleben gespielt hat. Redner legte durch viele Beispiele den Kollegen klar, wie schädlich die Akkordarbeit für den Beruf in vielen Bezirken gewesen ist. Feststeht, daß dort, wo die Akkordarbeit vorherrschend ist, nur selten Qualitätsarbeit geliefert wird. Die weitere Folge war, daß in diesen Orten das künstliche Pflaster mehr und mehr Eingang gefunden hat. Von Kollegialität und Solidarität könne in den schiefsten Fällen auf den Baustellen die Rede sein, weil im Steinsehergewerbe der Gruppen-Akkord vorherrschend ist gegenüber dem Einzel-Akkord in vielen übrigen Gewerben. Ganz entschieden müsse aber dieses wilde Akkordsystem, welches sich jetzt im Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg bemerkbar mache, bekämpft werden. Wenn einige Unternehmer nicht rechnen können, und wenn sich dann noch zu diesen Unternehmern einige Auchkollegen gesellen, die den Hals nicht voll genug kriegen können, und außerdem die Arbeiten von den Unternehmern für einen Spottpreis übernehmen, so müsse diesen Schädlingen des Gewerbes ganz gehörig auf die Finger geklopft werden. Genau so müsse die Prämiararbeit, die von einzelnen Unternehmern eingeführt wurde, bekämpft werden. Ende der neunziger Jahre haben sich ähnliche Mißstände im Gewerbe im Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg bemerkbar gemacht. Damals waren die Kollegen durch eine scharfe Kontrolle auf den Baustellen und Durchführung einer bestimmten Arbeitsleistung, die von jedem Facharbeiter geleistet werden konnte, diesen Mißständen energisch entgegengetreten. Dieser Weg müsse auch jetzt beschritten werden. Wenn dann noch die frühere Kontrolle durch die Baubehörden dazu kommt, so dürfte diesen Schädlingen bald das Handwerk gelegt werden. Kollege Koblentz machte in seinen Ausführungen die Spitzenorganisationen, die Verbände und Gauleitung dafür verantwortlich, daß wir derartige Mißstände im Gewerbe haben, weil die Verbandsinstanzen nicht dafür gesorgt haben, daß die Arbeiterschaft einen auskömmlichen Lohn erhalte. An zweiter Stelle kommen dann die Botarbeiter, weil die durch ihre Treibereien eine Arbeitsleistung verlangen, die bei der Einführung der Akkordarbeit nicht größer sein kann. Den wilden Akkord und die Prämiararbeit bekämpfe er auch, und den Berufscollegen, die solche Arbeiten verrichten, müsse das Handwerk gelegt werden. Aber durch ein tariflich geregeltes Akkordsystem würden die Kollegen ihre Arbeitskraft richtig bezahlt bekommen, dieses wäre bei der Stundenlohnarbeit nicht der Fall. Durch die Organisation müsse ein Akkordtarif erkämpft werden, der die Kollegen für die hohen Leistungen im Stundenlohn entschädige. Es bestände dann auch keine Gefahr mehr, daß die älteren Kollegen für die jüngeren zurückbleiben müßten. Auch bestände keine Gefahr mehr, daß gegen den Akkordtarif noch Vorstöße zu verzeichnen sind, wie jetzt, bei den Arbeiten im Stundenlohn. Wenn kein Akkordtarif geschaffen wird, so würden die Mißstände bestehen bleiben und wir würden immer weiter ins Elend kommen, und der Verband würde nur Ohnmacht verurteilt sein, weil dann mit ihm — Koblentz — viele Kollegen kein Interesse mehr an dem Verbandsleben nehmen werden. Der bestehende Tarifvertrag habe große Fehler besonders deshalb, weil es den in Arbeit stehenden Kollegen unterlag ist, daß sie für ihre Arbeit annehmen dürfen. Ferner daß auf den Fabriks- und Privatbahnen keine offiziellen „15 Pausen“ gemacht werden dürfen, usw. In der einsehenden regen Aussprache hierüber, besonders von den Gegnern der Akkordarbeit, wurden die Angriffe des Kollegen Koblentz auf die Verbandsleitung, Tarifvertrag und so weiter vom Kollegen Göttemeyer zurückgewiesen. Wenn die Kollegen nur ein Jahr allgemein in Akkord gearbeitet hätten, dann würden sie froh sein, wenn sie hiervon wieder befreit wären, auch wenn sie etwas weniger verdienten. Wenn heute bei einzelnen Firmen in Akkord gearbeitet wird, dann sollten die Kollegen be-

denken, daß diese Arbeit, weil sie tariflich verboten ist, von den betreffenden Unternehmern und auch von kurzfristigen Bauverwaltungen jetzt noch gefördert wird. Der Unternehmer hat nur das Interesse, bei den Arbeiten schnell und möglichst viel Geld zu verdienen. Die Ausführung der Arbeit ist für ihn eine Lebensfrage. Die kurzfristigen Bauverwaltungen wollen durch das Dulden der Akkordarbeit erreichen, daß die Preise für Pflasterarbeiten möglichst niedrig gesetzt werden. Sobald aber die Akkordarbeit allgemein eingeführt ist, dann werden auch diese Verwaltungen sich auf die früher im Stundenlohn geleistete Qualitätsarbeit beziehen, und dann hat der Arbeiter das gesamte Risiko für die Ausführung der Arbeit zu tragen. Bei Arbeiten im Stundenlohn wird vieles auf den Arbeitgeber abgewälzt. — Die Kollegen brauchen sich nur einig zu sein, und sollten wieder zu einer vernünftigen Arbeitsweise zurückkehren, Qualitätsarbeit leisten wie in der Vorkriegszeit und wie auch in dem ersten Jahre nach dem Kriege. Als Grundlage sollten die Kollegen den früheren Leistungstarif nehmen, der für die Unternehmerrbetriebe maßgebend war, und sich auf die vom Bauamt festgesetzten Preise aufbaute; über den jetzigen Leistungstarif der bei der Hochbahn beschäftigten Kollegen, dann kommen die Kollegen, die im Stundenlohn arbeiten zu ihrem Recht, die auftraggebenden Behörden können bei diesen Leistungen eine einwandfreie Arbeit verlangen, und die Unternehmer müssen dann auch zufrieden sein. Sollte aber wider Erwarten durch die Laubheit der Mitglieder auf den einzelnen Baustellen, dem Treiben einzelner Egoisten unnützig zugehen werden, die Unternehmer ihre Kollegen in ihrem Treiben keinen Einhalt gebieten, dann werden wir der Akkordarbeit letzten Endes näher treten müssen. Allerdings unter Bedingungen, wodurch die Interessen der Steuerzahler und unser Mitglieder gewahrt werden. Die erste Voraussetzung für die Einführung der Akkordarbeit wäre die Aufschaltung der Unternehmer bei allen staatlichen und kommunalen Aufträgen im Straßenbauwesen, da dann der Unternehmerrgewinn ohne weiteres gesparrt werden kann, da mit Einführung der Akkordarbeit der Unternehmer kein Risiko bei den Arbeiten hat. An Stelle der Unternehmerrbetriebe brauchen die bestehenden Regiebetriebe nur besser und dem Charakter des Gewerbes entsprechend ausgebaut werden. Die Einstellung der Arbeitnehmer müsse durch den Arbeitsnachweis geschehen, dabei kann die Arbeit vollverteilt werden, daß während der Arbeitsperiode, vom Frühjahr bis zum Einfrieren, ein allzugroßer Arbeiterwechsel nicht einzutreten braucht. Die notwendigen Arbeitsführer können vollständig aus den Privatbetrieben ergänzt werden. Die technische Leitung wurde bisher schon von den Straßenbauämtern gestellt. Die Kollegen Mulf, Sellmann, Kattigall, Schütt, Korff, Lüdemann, Hlgrim und Schröder unterstützen die Ausführungen von Wagner und Göttemeyer und betonten, wenn nur die alte Geschlossenheit der Arbeiterschaft wieder hergestellt ist, das Baudelegiertensystem wieder eingeführt, in den Pausen die gewerkschaftlichen und beruflichen Fragen in sachlicher Weise diskutiert, die gesamten Kollegen durch den Arbeitsnachweis eingestellt werden und auf allen Baustellen den einzelnen inauserebenen Elementen ganz gehörig auf die Finger gesehen wird, dann werden die Mißstände schon im Gewerbe verschwinden, und die Akkordarbeit könne abgemehrt werden, die nur zum Schaden ist für die Kollegen, dem Gewerbe und der Allgemeinheit, wenn nicht gleichzeitig die Unternehmer ausgeschaltet werden. Die Befürworter der Akkordarbeit führten zur Begründung für die Akkordarbeit nur ihren hohen Verdienst an, den sie in andern Orten und hier im Wirtschaftsgebiet bei der Akkordarbeit erreicht haben. Haben aber vergessen, die tägliche Arbeitszeit usw. anzugeben, dann dürfte der Verdienst kein so hoher sein. In der Hitze der Debatte merkten es einige Anhänger der Akkordarbeit nicht, daß sie mit ihren Ausführungen über den hohen Verdienst den Kollegen verraten haben, wo überall in Akkord gearbeitet wurde, und welche Firmen das Ansehen an diese Kollegen Koblentz und Wagner vertraten in ihrem Schlußwort nochmals ihren Standpunkt zu den verschiedenen Lohnsystemen. Die eingereichte Resolution, die besagt, daß die Akkordarbeit aus den von Referenten Wagner vertretenen Gründen zu bekämpfen ist, die Kollegen verpflichtet, sich strikte an die tariflichen Bestimmungen zu halten, die Kollegen jedoch, die auch weiterhin im Tarifbezirk in Akkord arbeiten, setzen sich damit außerhalb der Organisation, und sind von den Kollegen als Organisations-schädlinge zu betrachten und zu behandeln, wurde gegen 15 Stimmen angenommen. Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt wurden, schloß der Kollege Schröder die von zirka 180 Kollegen besuchte Versammlung.

Steinarbeiter.

Thomassberg. Am 18. September fand im Vereinslokal in Steinringen eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Braun erstattete einen Bericht von der Beiratsitzung in Leipzig, der mit Beifall aufgenommen wurde. Die Kollegen verpflichteten sich, alles zu tun, damit unsere Berufsorganisation wieder wird, was sie vor dem Kriege war. Sie verurteilten das ungewerkschaftliche Vorgehen des Baugewerksbundes und verpflichtete sich, die Kampfsondarmen zu entrichten. Daß die Unterstützungseinrichtungen geschaffen wurden, ist ebenfalls begrüßt worden. Im Punkt Verchiedenes wurde beschloffen, in Zukunft einen Lokalzuschlag von 10 Pfg. pro Woche zu zahlen; des weiteren für einen kranken Kollegen, dessen Familie sich in großer Not befindet, eine Sammelliste auszulegen und beim Zentralvorstand eine Notunterstützung zu beantragen. Zum Schluß wies Kollege Braun darauf hin, daß es im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegt, daß der Achtundtag gesetzlich verankert wird und müsse daher jeder Kollege angehalten werden, die Extramarken für die Urabstimmung zu fleben. Kollege Müllers schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Kollegen wie bisher dem Verbands treu bleiben, damit wir zu gegebener Zeit auch im Basaltgebiete zu andern Lohnverhältnissen kommen.

Heidingsfeld. Am 27. und 28. September fand in Klein- und Heidingsfeld eine Bezirksversammlung für das Muschelstättengebiet statt. In beiden Versammlungen referierte unser Zentralvorsitzender Kollege Winkler über Rück- und Ausblick in die Verhältnisse des Verbandes und der Steinindustrie. Redner streifte kurz die Vorkriegszeit und die Ereignisse der letzten zehn Jahre, dabei betonend, daß die Gewerkschaften nicht die Macht hatten, die Verhältnisse aufzuhalten. Die weiteren Ausführungen gaben ein Bild von der Entwicklung des Verbandes, von den Kämpfen und Erfolgen und daß noch mehr erreicht werden könne, wenn alle Kollegen auch wirklich ihre Pflicht erfüllen. Zum Schluß gab der Referent der Hoffnung Ausdruck, daß der nächste Verbandstag durch die Mitarbeit aller Kollegen in die Lage versetzt wird, einen Neuaufbau des Verbandes nach dem Muster der Vorkriegszeit vornehmen zu können. Die Diskussion ergab das Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Moniert wurde nur der schlechte Verammlungsbesuch, insbesondere, daß die Hilfsarbeiter zum Teil durch Abwesenheit glänzten. Zum weiteren Punkt, „Lohnbewegung“ wurde das Resultat der Verhandlungen bekanntgegeben. Nachdem wir infolge der Teuerung eine Erhöhung der Löhne gefordert, erhielten wir den Bescheid, daß zur Zeit eine Lohnerhöhung nicht möglich, ja sogar ein Lohnabbau vorgenommen werden müsse, die Arbeiterschaft könne also zufrieden sein, wenn die jetzigen Löhne weiter gezahlt würden. Bei der Verhandlung am Schlichtungsausschuß brachten die Unternehmer wirklich den Mut auf, die Reduzierung der Löhne um 10 Prozent zu beantragen. Der Schlichtungsausschuß hielt aber eine kleine Erhöhung für angemessen und sprach uns 4 Pfg. pro Stunde zu. Der Entscheid wurde von unserer Seite gegen eine Minderheit angenommen, die Unternehmer lehnten ihn ab, als Grund wird, wie nun zur Zeit einmal der Sachausdruck lautet, die schlechte Wirtschaftslage angegeben. Wohl wissen auch wir die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit zu würdigen, doch können wir nicht einsehen, daß die Arbeiterschaft allein die Opfer bringen soll. Uebrigens ist auch der Geschäftsgang nicht so schlecht als er hingestellt wird, es scheint doch etwas Wache dabei zu sein, wie ja die Vorgänge während der letzten Zeit bei den verschiedenen Firmen beweisen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Achtung, Ortskassierer! Bei Einsendung von Uebertrittsmittelsbüchern ist für jeden Uebertritt ein neues Mitgliedsbuch beizulegen.

Zu- und Abgänge der Mitglieder sind in der Beitragsliste zu registrieren, um die erfolgten Mitgliedsbuchnummern bei dem Zentralvorstand anfordern zu können.

Buchnummern von Mitgliedern, die nach einer andern Zahlstelle abgereist sind, sind nicht als erloschen zu melden.

Die noch vorräthigen Mitgliedsbücher in den Zahlstellen, sind erst zu verbrauchen, dann die neuen Einheitsmitgliedsbücher anfordern.

Abonnementsgelder für „Steinarbeiter“ können mit der Hauptkassette verrechnet werden, wenn die Postquittungen dafür eingelangt sind. Bestellgeld hat die Lokalkasse selbst zu tragen.

Kostendeckung bei Tarifverhandlungen, Statut Seite 27 Abs. 2. Die Kosten für die Landes- und Bezirksarbeitsverhandlungen übernimmt die Hauptkasse zur Hälfte. Die Zusammenstellung hat durch den Gauleiter zu erfolgen und dürfen nur die vom Gauleiter festgesetzten Beträge verrechnet werden.

Der frühere Kassierer von **Mankmoos** in Mecklenburg, **Dr. Wittenburg** (Steinseger) und **Dr. W. A. A. A. A.** (Steinhauer) aus Rostock sind abgereist, ohne mit den übergebenen Wertzeichen abzurechnen. Die Adressen dieser Kollegen sende man sofort an den Zentralvorstand oder an den Gauleiter August **Gedemeyer**, Hamburg 30, Brangestraße 105.

Adressenänderungen.

1. **G. a. u. N.-O. Arnswalde.** Vorj. u. Kass.: Franz Leeste, Steinseger, Stargarder Straße 44.
1. **G. a. u. N.-W. Demmin.** Vorj. u. Kass.: Franz Obst, Steinseger, Mühlstraße 17.
4. **G. a. u. Greiz.** Vorj.: Arno Linke, Greiz-Pöhlitz, Obere Braunerstraße 19. Dörna b. Mühlhausen i. Thür. Vorj.: Willi Wagner, Steinseger, Dörna Nr. 80. Kass.: Karl Krödiger, Steinseger, Dörna Nr. 32.
5. **G. a. u. Königseele.** Kass.: Johann Weiler, Wattenscheid, Hohensteinstraße 92. **Waldbrol.** Kass.: Ewald Dettershagen, Wies b. Waldbrol i. Rheinl.
7. **G. a. u. Rindhaud.** Kass.: Josef Huber, Schlag, Post Kirchdorf, Bayerischer Wald.
8. **G. a. u. Burgkahl.** Vorj.: Eduard Gehrig, Schraubenbach. Kass.: Andreas Detering, Bezirksleiter: Michael Beschub, Reifenhagen. Vorj.: Josef Keller II.

Briefkasten.

H. S. Siehe Steinarbeiter Nr. 25. Dort ist an einem Beispiel keine Frage eingehend beantwortet zu finden unter der Rubrik: „Aus den Zahlstellen.“ Solche Notizen legt man beiseite zur dauernden Information.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„**Gewerkschafts-Archiv**“ Heft 6 liegt vor. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgeber **Karl Zwigg.** Preis des Heftes 1 Mk. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten und der Verlag, Sena, Cambsdorfer Straße 10, entgegen.

Karl Korn: Die Arbeiterjugendbewegung. Einführung in ihre Geschichte. 3. Teil. 135 Seiten, Preis 0,75 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. 1924.

Die eine Woche wird Kurzarbeit diktiert, die nächste wird dann wieder voll gearbeitet und Neueinstellungen vorgenommen, einzelne Firmen schließen ganz, darunter die Großfirma **Wetter, Winterhausen**, ohne sich um die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen zu kümmern, die Firma **Better** weigert sich sogar, den fälligen Urlaub zu vergüten und muß erst gerichtlich dazu gezwungen werden. Ein paar Tage später wird der Betrieb wieder geöffnet mit der Ausrede, es ist wieder Arbeit gekommen, trotzdem die gleiche Arbeit wie vorher gemacht wird. Dadurch soll die Arbeiterlosigkeit eingedämmt werden, und zugleich versucht man die Kollegen abzuschleichen, die ihr Recht verlangen. Die Arbeiter des **Muschelkalkgebietes** werden sich durch solche Manöver nicht beirren lassen und nach wie vor ihr Recht beanspruchen. Zur weiteren Behandlung der Lohnfrage wurde nun das Landeseinigungsamt **Nürnberg** angerufen.

Wiesbaden. In der Versammlung am 17. September gab der Kassierbericht einen Lokalbestand von 75,67 Mk. Gleichzeitig mit diesem wurde der Wochenbeitrag ab 4. Oktober auf 1 Mk. festgesetzt mit dem gleichzeitigen Beschluß, daß von diesem Tag ab alle noch restierenden Beiträge mit dem gleichen Betrage bezahlt werden müssen. Von den 15 Pfg. Lokalzuschlag sollen geleistet werden: das Bestellgeld für den „Steinarbeiter“, der Beitrag zum Volkseinkommen zum nächsten Tag, Erwerbslosenmarkte für arbeitslose Kollegen und eine einmalige Notstandsunterstützung von 20 Mk. an den schon über 2 Jahre erwerbsunfähigen, an der Brustkrankheit leidenden Kollegen **Seifert**, für welchen außerdem noch eine Sammelliste umgehen soll. Auch wird der Vorstand beauftragt, an den Zentralvorstand den Antrag auf eine Notstandsunterstützung für den betreffenden Kollegen zu stellen. Aus dem Kartellbericht des Kollegen **Wetter** geht hervor, daß der hiesige Ortsausschuß des **ADGB**, uns anscheinend als dem Bauergewerksbund angegeschlossen betrachtet, weil die Einladung zur Vorstandswahl des Ortsausschusses nicht an uns, sondern nur an den Bauergewerksbund erging. Eingehend wurde Bericht von der Gaukonferenz in Friedberg und der Beiratskonferenz gegeben. Auch hier wird bemängelt, daß die Dauer der Verbandszugehörigkeit die Höhe der Streikunterstützung bestimmt. „Der Steinarbeiter“ wird für alle Kollegen der Zahlstelle bestellt und das Bezugsfeld berechnet. Die Versammlung ist der Ansicht, daß, wenn von allen Kollegen, wie hier, wir bei 45stündiger Arbeitszeit einen vollen Stundenlohn als Beitrag leisten, das Jagdblatt unentgeltlich geliefert werden muß. Die Entschliebung bezüglich „der Organisationsfähigkeit“ des Bauergewerksbundes wurde bekanntgegeben und gebilligt, denn auch hier sind die Pflichten nach im Bauergewerksbund. In verschiedenen wird noch dringend ermahnt, den Anspruch auf Ferien zu erheben, bei evtl. Verweigerung dieses dem Vorstand zu melden. Der **AW** für **Berkeim, Grabmal** und **Marmor** sei gekündigt und es liegt nun an den hiesigen Kollegen mit, sich bereit zu stellen und Verschlechterungen abzuwehren, „vll. durch örtliche Vereinbarungen auszugleichen. Mit nachmaligem Hinweis, daß **Restanten** nach dem 4. Oktober unbedingt die **Reste** mit 1 Mk. pro Marke zahlen müssen, wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Eudenberg. Am 22. September fand im Vereinslokale unsere Mitgliederversammlung statt, in der Gauleiter **Kollege Braun** einen ausführlichen Bericht von der Beiratskonferenz in Leipzig gab. Die Kollegen waren mit den Beschlüssen einstimmig einverstanden. Sämtliche Kollegen verpflichteten sich, die Kampfbundsmarken zu entrichten. Im übrigen sind die Kollegen gewillt, auch in Zukunft den Beschlüssen der Verbandsinstanzen nachzukommen. Zum Vorsitzenden wurde der **Kollege Matthias Wiebach** in Eudenberg gewählt. Weiter wurden noch einige Betriebsverhältnisse besprochen und scharf gerügt, daß es im Betriebe noch Kollegen gibt, die dem Betriebsleiter insofern schmarotzen, indem sie ihm alle Vorkommnisse, die in der Versammlung und in dem Betriebe besprochen werden, hinterbringen. Zum Schluß appellierte **Kollege Braun** noch an die Kollegen, treu und fest hinter dem Verbandsstand zu stehen, damit der Lohn bei den kommenden Verhandlungen höher gesetzt werden kann.

Rundschau.

Wie kann Deutschland seine Einfuhr bezahlen? (Die Kaufkraft Deutschlands.) Angesichts der fortschreitenden Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz, der andauernden Zunahme des Einfuhrüberschusses ist die Frage, wie Deutschland seine Einfuhr bezahlen kann, von großer Bedeutung. Das amerikanische Institut für Wirtschaftsforschung („Institute of Economics“) stellt dieselbe Frage, um Deutschlands Fähigkeit zur Bezahlung der amerikanischen Getreideeinfuhr zu prüfen. In dem vom Institut jüngst herausgegebenen Buch „Die amerikanische Landwirtschaft und der europäische Markt“ von **Edwin G. Course**, wird daher die Zahlungsbilanz Deutschlands einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Der Zahlung für die Einfuhren können dienen: a) Gold; b) ausländische Guthaben; c) der Erlös aus der Ausfuhr; d) die sogenannten „unsichtbaren Posten“ der Zahlungsbilanz (Schiffahrt, Bank und Versicherung, Fremdenverkehr usw.). Der Goldbestand Deutschlands, das früher Gold in größeren Mengen zu Währungs- und Industriegewinnen einführen mußte, ist in ständiger Abnahme begriffen. Er betrug im Jahre 1913 noch vier Milliarden Goldmark, erfuhr während des Krieges und nach dem Waffenstillstand insbesondere im Jahre 1923, eine beträchtliche Abnahme und ist heute so unbedeutend (im Juni 1924 war der Goldbestand der Reichsbank 454 Millionen Goldmark), daß daraus nicht einmal die für einen Monat notwendigen Einfuhren bezahlt werden könnten. Die deutschen Guthaben im Ausland, die laut den Gutachten der Sachverständigen 2,5 Milliarden Goldmark betragen dürften, dienen gegenwärtig der Bezahlung der Einfuhrüberschüsse. Da der deutsche Importeur keinen Wechselkurs am ausländischen Markt hat, sondern in barem bezahlen muß, ist das Bestehen dieser Guthaben unerlässlich notwendig. Bei der endgültigen Stabilisierung der deutschen Währung sollen aber diese Guthaben nach Deutschland zurückkehren, um seine Kapitalbasis zu erweitern. Würde diese gegenwärtig im Ausland liegende Summe gänzlich zur Bezahlung von Einfuhren verwendet, so würde daraus eine große Schädigung der deutschen Volkswirtschaft erwachsen. Die Ausfuhr hat vor dem Kriege den größten Teil der Einfuhr (Waren- und Goldzufuhr) gedeckt. Immerhin mußte der auch vor dem Krieg sehr beträchtliche Einfuhrüberschuß (im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1919 1675 Millionen Goldmark) aus anderen Einnahmequellen gedeckt werden. Dies war sehr weitgehend möglich. Die Tatsache, daß Deutschland jährlich durchschnittlich 400 Millionen Goldmark Kapital im Ausland anlegen konnte, das ihm nach Bezahlung des Fehlbetrages aus dem Warenverkehr übrig blieb, zeugt dafür. Wie steht es aber heute mit diesen übrigen Einnahmequellen? Die Schiffahrt brachte 1913 540 Millionen, 1922 dagegen nur 175 Millionen Goldmark. Für die Zukunft wird aus dieser Quelle mit einer Einnahme von höchstens 300 Millionen Goldmark gerechnet. Vom Touristenverkehr höchstens mit 100 Millionen, von Bank- und Versicherungsgewinnen im Ausland aber überhaupt nichts mehr. Die unsichtbaren Posten betragen demnach nicht mehr als 500 Millionen Goldmark im Jahre. Nach dem Kriege trat aber eine Ueberforderung der deutschen Volkswirtschaft ein, das Ausland erwarb deutsches Eigentum im Werte von mindestens 8 Milliarden Goldmark. Dies mit 6 Prozent verzinst, ergibt eine Zinsenlast der deutschen Volkswirtschaft im Betrage von 500 Millionen Goldmark. Somit halten die Aktiv- und Passivposten der unsichtbaren Bilanz einander die Waage. Daraus ergibt sich aber, daß in der Zukunft Einfuhren ausschließlich aus den Erlösen der Ausfuhr, beziehungsweise aus ausländischen Krediten bezahlt werden können. Die Einfuhren sind zwar sehr eingeschränkt, sie betragen im Jahre 1922 nur 40 Prozent des Einfuhrwertes von 1913 (im ersten Quartal 1924 betrug der Rückgang der Einfuhr gegenüber 1913 44 Prozent), die Ausfuhr ist aber in einem

noch stärkeren Maß zurückgegangen (im ersten Quartal 1924 um 55 Prozent). Die deutsche Ausfuhr betrug im Jahre 1922 6,2 Milliarden Goldmark. Sie mußte auf 16,5 Milliarden Goldmark gesteigert werden, damit Deutschland wieder so viel im Ausland kaufen kann wie vor dem Kriege. Die gegenwärtigen Abgabemöglichkeiten lassen wenig Hoffnung auf eine derartige Ausdehnung der deutschen Ausfuhr. So bleibt einstweilen für die Bezahlung der Einfuhrüberschüsse nur der ausländische Kredit, insofern dieser zu erhalten ist, übrig.

Die Wiederaufbaukonjunktur in Frankreich ist zu Ende. Mehr als 100 Milliarden hat die französische Regierung für Wiederaufbauzwecke verwendet. Die zerstörten Fabrikanlagen wurden sämtlich neugebaut, ja in vergrößerter Form und auf der höchsten Stufe der modernen Technik wiederhergestellt. Die kleinen Leute aber, deren Wohnhäuser und Werkstätten zerstört wurden, warten bis heute auf den Wiederaufbau. Am Anfang des Jahres wurden 25 000 völlig zerstörte und 35 000 stark beschädigte Häuser vom Wiederaufbauplan gestrichen, es harren aber noch Hunderttausende des Wiederaufbaues. Die Regierung hat die hierzu nötigen Summen durch Anleihen, die sie selbst auflegte oder aber garantierte, beschafft. In der letzten Zeit ist aber infolge der Geldentwertung und dauernder Schwankung des Geldwertes das Vertrauen der Anleihezeichner erschüttert. Auch ist es möglich, daß das reaktionäre Großkapital die gegenwärtige Regierung sabotieren will. Es entstand eine große Kreditkrise für den Staat, der auf dem Anleiheweg kein Geld mehr erhalten kann! Dies führte zur Verlangsamung, vielfach zur vorläufigen Einstellung der Wiederaufbauarbeiten. Viele tausende Bauarbeiter wurden bereits entlassen. Das Aufhören der Baukonjunktur hat auch die anderen Industrien in Mitleidenschaft gezogen. In gleicher Zeit hat sich auch der Ausfuhrland der **Frankreichs** verschlechtert: im Monat Juni hatte Frankreich im Gegensatz zu den früheren Monaten eine stark passive Handelsbilanz. So wird auch Frankreich, das einzige Industrieland der Welt, das seit dem Kriege — von den ersten Monaten der Demobilisation abgesehen — unausgeseht eine gute Konjunktur hatte, wahrscheinlich in die Weltwirtschaftskrise hineingerissen.

Schlechtes Straßenpflaster als Ursache eines Verkehrsunfalles. An die „**Sörlitzer Volkszeitung**“ schreibt ein Augenzeuge: „Am Freitagabend um 7 Uhr passierten auf ihren Rädern zwei Beamte der Schupo die Kleine Sattigstraße in der Richtung Zittauer Straße—Wielandstraße. Ein im Straßenpflaster fehlender, oder sehr tief gefenkter Stein war die Ursache, daß der eine Beamte mit seinem Kabe stürzte und sich blutende Verletzungen im Gesicht und am Kopfe zuzog. Sein Kamerad trug mit Hilfe von Passanten und Kindern den Ohnmächtigen in einen Hausflur, wo derselbe nach einigen Bemühungen das Bewußtsein wieder erlangte. Ob der Sturz ohne ernste Nachfolgen abgehen wird, bleibt abzuwarten. In einem und zwar dem größten Teil unserer Straßen ist eine Ausbesserung des Straßenpflasters unbedingte Notwendigkeit. Speziell das Pflaster der Sattigstraße und Berliner Straße weist nicht nur schadhafte Stellen, nein, sogar solche Löcher auf, daß dort nicht nur Radfahrer, sondern auch Fußgänger und Pferde sehr leicht zu Schaden kommen können. Wer bezahlt in einem Ernstfall die Kosten? Statt einzelne fehlende oder tief gesunkene Pflastersteine zu ersetzen oder zu heben, wird von der Straßenbauverwaltung erwartet, bis gleich größere „Inseln“ geworden sind, wie in der Jakobstraße, und währenddessen bezahlen Fuhrwerksbesitzer und Radfahrer erhebliche Reparaturkosten an ihren Fahrzeugen. Ein solcher Zustand ist unserer Stadt nicht würdig! Wenn es nun schon nicht zur Neupflasterung von Straßen reicht, soweit muß es reichen, daß die Schäden ausgebessert und die Straßen fahrbar erhalten werden. Handelte es sich bei diesen Straßen um den Verkehr freigegebener Privatwege, würde die Polizeiverwaltung wohl schon für die Sperrung derselben gesorgt haben.“

Die Silberberuf, soweit das schlechte Straßenpflaster kritisch beleuchtet wird, dürfte auf viele Städte zutreffen. Ist doch während und nach dem Kriege so wenig Sorgfalt, wegen Mangel an Mitteln, auf Erhaltung eines guten Pflasters verwendet worden, daß sich dies nunmehr bitter rächt und die Wiederinstandsetzung mit Sicherheit größere Summen verschlingt. Wie viele Fälle bleiben unbeachtet oder gelangen nicht an die Öffentlichkeit, weil sich nicht an allen Stellen aufmerksame Beobachter befinden. Aber bei tieferem Nachdenken zeigt auch dieser Fall, daß die Erhaltung eines guten Straßenpflasters für die deutsche Wirtschaft eine Sparsmaßnahme ist.

Ein gemeinnütziges Bestattungs-Institut besteht seit dem 1. April 1923 in Bremen. Es wurde gegründet mit Hilfe der freien Gewerkschaften, und zwar in einer Zeit, wo es durch die Inflation dem einzelnen nicht mehr möglich war, seine gestorbenen Angehörigen beerdigen lassen zu können. Daraus entstand eine Art Notgemeinschaft zur gegenseitigen Hilfe. Das Bestattungs-Institut hat sich im Laufe eines Jahres gut entwickelt, trotz aller Schwierigkeiten. Hatte es im ersten Jahre die Feuerbestattung und in weiterer Leistung die Lieferung der Grabsteine übernommen, hat es jetzt eine neue Aufgabe in Angriff genommen: Lieferung des Grabsteins, Ausschmückung der Grabsteine, Pflege der Grabaltäre, Förderung des Schönheitsfinns des Volkes, Kampf gegen den Grabmalshund. — Im April d. J. veranstaltete das Institut durch Ausschreibung einen Wettbewerb unter Bremer Künstlern zur Erlangung von einfachsten Grabsteinentwürfen, die dann im Mai d. J. der Öffentlichkeit in einer Ausstellung gezeigt wurden. Allerdings nur zeichnerisch. Diese Ausstellung fand in der gesamten Bremer Tagespresse eine außerordentlich gute Bezeichnung. Das gemeinnützig Bestattungs-Institut hat nunmehr die prämierten Entwürfe geschildert in einem Buch: „**Künstlerische Grabentwürfe**“ vereinigt. Beim Aufblättern liegt auf dem rechten Blatt die Grabstele mit Stein und gärtnerischem Schmuck; während auf dem linken Blatt: Grundriß, Maß, Art der Ausführung und Steinmaterial angegeben ist. Das Buch kostet im Einzelpreis 3 Mk., bei 10 Stück 2,50 Mk. und ist zu beziehen durch das Gemeinnützig Bestattungs-Institut in Bremen, Steffensweg 3.

Im ganzen betrachtet, sind die Entwürfe gut, wenn auch einzelne Motive der Künstler, besonders in der Placierung der Grabsteine, uns recht gewagt erscheinen. Die Formgebung der Steine ist flott und sehr einfach; sie wirken besonders in dem gedachten gärtnerischen Schmuck und Hintergrund. Es sind keine neuen Wege der Friedhofskunst, die sich uns aus diesem Buche offenbaren. Denn diese Wege werden bereits begangen, aber das Bestreben des Bremer Instituts stellt einen wesentlichen Beitrag dar zur Läuterung der Friedhofskunst. Einer Kunst, in der auch noch der Steinmetz durchaus zur Geltung kommt. — Allem Anschein nach haben auch hier wieder die Bremer Steinmetzmeister schmöllend zur Seite gestanden, wie wir das bei ähnlichen Gelegenheiten an anderen Orten schon oft konstatieren konnten. Vielleicht ist es gar die schämliche Großvateranschauung gegenüber den von Arbeitern geschaffenen Einrichtungen? Mag dem nun sein wie es will. Das Institut in Bremen mit seinen künstlerischen Beratern im Grabmalbau ist ein Wert, auf das die Bremer Gewerkschaften stolz sein können. Es reizt zur Nachahmung in andern Städten.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Fürstened. Die Kollegen **Hans Seidenhofer**, Buch Nr. 47 713, **Johann Höller**, Buch Nr. 47 673, **Joseph List**, Buch Nr. 47 711, **Franz Jungbauer**, Buch Nr. 47 814, haben die hiesige Zahlstelle verlassen und liegen ihre Mitgliedsbücher in größter Unordnung zurück. Die Zahlstellenkassierer wollen diesen Hinweis beachten.

Ebing. Das Mitgliedsbuch Nr. 12 142, **Gottfried Kriehann**, **Steinseger**, geb. 2. 4. 1872 (Möhningen), ist verlorengegangen. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Anzeigen

Vorarbeiter oder Meister in Marmor Bau- und Möbelsarbeit vollkommen bewandert, für Dauerstellung gesucht. Köln Marmorwerke Aug. Wings & Ilgen Köln-Dellbrück.	Granitsteinmetzen Granitschleifer Marmorhauer Marmorschleifer für Maschine und Hand sofort für dauernd gesucht. Otto Koppe & Co., Dobrilugk (N.-L.)
Marmorhauer für freistehende Toiletten usw., im Kitten firm, werden in dauernde Arbeit gesucht. Stettiner Steinindustrie A.-G. Stettin.	2 Marmorhauer stellen für dauernde Beschäftigung ein Köln Marmorwerke Aug. Wings & Ilgen Köln-Dellbrück.
STÖSSER für harten Ruhrsandstein stellt ein Mühlerei Ruhrsandstein- und Ziegelwerke W. Rauhen Mühlheim - Ruhr - Broich.	Schriftbauer der auch alle übrigen Steinmetzarbeiten in Granit ausführen kann, findet bei guten Leistungen dauernde Arbeit. Ludwig Bruhn, Granitwerk, Lübeck.

Steinmetz-Fachschule der Stadt Mayen (Rheinland)

Ausbildung in allen Fächern der **Steinmetz-Handwerkskunst**. Die Schule besteht aus einer **Vor- und einer Fachschule** mit angegliedertem **Werkstatt- und neuzeitlichem Maschinenbetrieb**. Das Schuljahr beginnt Anfang Oktober und April. Der Eintritt kann jederzeit erfolgen jedoch tunlichst an den Schuljahresanfangen.
Prospekte gegen Einsendung von 50 Pfg. Der Leiter: **Prof. C. Burger.**

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur obigem Statistikt eingelangt werden.

In **Landsberg a. M.** am 3. August der Hilfsarbeiter **Karl Beyer**, 52 Jahre alt, Herzschlag.

In **Crummendorf** am 8. Oktober der Quarzschleiferarbeiter **Karl Piesch**, 53 Jahre alt, schied freiwillig aus dem Leben.

In **Striegan** am 12. Oktober der Granitarbeiter **Wilhelm Schnabel**, 52 Jahre alt, Magenleiden.

In **Demitz-Thumitz** am 16. Oktober der Pfaltersteinmacher **Johann Garnig**, 61 Jahre alt, Magenverfäulung.

Chreihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: **Hermann Siebold**, Verlag von **Ernst Winkler**, beide in Leipzig.
Druck: **Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.**